

Der Deutsche Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich Samstags. Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene Millimeterzeile für Arbeitsgesuche 30 Goldpfennig. Geschäfts- und Privatanzeigen 40 Goldpfennig.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Geschäftliche u. Geschäftsstelle: Duisburg, Starstor 17, Fernr. 3366 und 3367. Schluss der Redaktion: Freitag morgens 11 Uhr. Zuschriften u. Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Nummer 14

Duisburg, den 5. April 1924

25. Jahrgang

Unproduktivität der Wirtschaft

Forderungen an das Unternehmertum

In weiten Unternehmerkreisen hat man sich annehmend daran gewöhnt, in der Verlängerung der Arbeitszeit das einzige Mittel zur Steigerung und Verbilligung der Produktion zu sehen. Man löst damit eine Frage aus dem gesamten wirtschaftlichen Fragenkomplex heraus und glaubt mit ihrer Hilfe allein die zerrüttete Wirtschaft heben zu können. Ohne Zweifel muß in einer zerschlagenen Wirtschaft vorübergehend eine verlängerte Arbeitszeit in Kauf genommen werden, um auf diese Weise zur Verbilligung und Vermehrung der Produktion mit beizutragen. Diejenige Arbeiterkraft, die aus volkswirtschaftlichen, aber auch aus arbeiterlichen Gründen heraus einer vorübergehenden Verlängerung zustimmt, ist sich zweifellos ihrer großen Verantwortung gegenüber dem Volkswirtschaftsganzen bewußt. Und stellt sie dann ihre Leistungsfähigkeit, ihre Arbeitskraft, ihr Wollen und Schaffen in den Dienst der Wirtschaft, dann hat diese Arbeiterkraft ihre Pflicht voll und ganz getan.

Aber zu glauben, daß damit allein die Wirtschaft auf einen normalen Stand gebracht werden könnte, ist ein verhängnisvoller Irrtum. Welche Schäden im Unternehmertum, besonders diejenigen, denen die Arbeiterrechte ein Dorn im Auge sind, möchten die ganze Last des Wiederaufbaues am liebsten auf die Arbeiterkraft allein abwälzen. Man ist unbewußt oder bewußt so kurzichtig, daß man sich der Ansicht hingibt, als könnten heruntergedrückte Löhne, schlechte Arbeitsverhältnisse und verlängerte Arbeitszeit der Wirtschaft den notwendigen Blutkreislauf vermitteln. Man sieht nicht ein, daß auch die größte Arbeitszeitverlängerung die Unproduktivität der Wirtschaft gar nicht auszuräumen in der Lage ist, wenn nicht andere Faktoren dazu treten. Und gerade diese Faktoren werden heute im Betriebsleben mehr als vernachlässigt. Denn die Frage der Mehrleistung in der Wirtschaft ist auch eine Frage der billigen Rohstoffe, der zureichenderen Organisation des Betriebes, der Verwertung der unproduktiven Kräfte und der Beschaffung der unproduktiven Kräfte und der Verbilligung des wirtschaftlichen Verlaufs.

Hier liegt ein wesentliches Moment der Verbilligung der Produktion. Aber man sieht kaum auf der ganzen Linie einen Anfang nach dieser Seite. Gerade die beiden letzten Punkte: Beschaffung der unproduktiven Kräfte und Verbilligung des wirtschaftlichen Verlaufs liegen sehr im Argen und sie bilden einen erheblichen Teil der Werteverminderung und des Hochstandes der Preise. Kurz vor dem Krieg setzte die sogenannte „wissenschaftliche Betriebsführung“ ein, die mit wissenschaftlichen Methoden auf dem Wege einer besseren Organisation des Betriebes größere wirtschaftliche Kräfte auslösen wollte. Manches wurde dadurch scheinbar gelöst, ist verpufft und geordnet worden, wenn man auch schon anfangs, mit allen möglichen Messungen und Studien den Arbeiter aus einem verantwortungsbewußten Menschen zu einem angetriebenen Mechanismus zu machen. Dieses Organisationsystem wuchs in der Nachkriegszeit aber zu einem wahren Ungeheuer heran das bald den eigentlichen Zweck des Betriebes, nämlich die Produktion, überlagerte und die Produktion unter dem Gesichtswinkel bürokratischer Organisationsfragen ansah. Die Organisation im Betrieb ist nur ein notwendiges Uebel, Hauptzweck ist die Produktion. Aber das hatte man anscheinend vergessen. Kommerzieller Mentzer klagt im „Arbeitsgeber“ mit Recht darüber, daß eine wahre Organisationswut über die deutschen Betriebe dahingegangen sei und daß hunderte von Empfehlungsschreiben Stellungsuchender, die er erhalten hatte, immer wieder betonten, daß sie sich im Organisationswesen. So wurde denn „organisiert“, aber statt einer lebendigen Produktionsorganisation wurde ein bürokratisches Vermessungsbüro daraus. Nun mußte jeder auf seinem Posten doch auch zeigen, daß sein Posten eine unbedingte Notwendigkeit sei, was man am besten dadurch beweisen konnte, daß eine Portion Unterposten wieder angelegt werden mußte. So jagte denn ein Heer von Ober-, Mittel- und Unterkalkulatoren durch den Betrieb, die alle wieder von der höchsten Kalkulationsstelle beordert wurden; ein Beamtensystem wurde auf den anderen geschichtet und bald sah man vor lauter Angestellten kaum noch die produktiv schaffende Arbeiterkraft. Aber alle diese Kräfte belasten in ihrer Unproduktivität den Betrieb und den Preis des Produktes. Ja sie behinderten vielfach durch einen nicht verletzlichen Kassenhaufen selbst die ehrlich schaffenden Arbeiter. Alle diese „Kräfte“ schafften kein einziges Produkt mehr. Sondern suchten in formloser Organisation den Arbeiter zu einer sprechenden, laufenden und schaffenden Maschine ohne Denken und Sinn zu machen. Daß gerade in der damit verbundenen Behandlung sehr oft großer Mißbrauch gelegen hat und liegt, kann nicht von der Hand gewiesen werden.

Das Beispiel eines deutschen Großbetriebes, der ohne Zweifel mit zu den bestgeleiteten gehört, wird die vorangegangenen Bemerkungen beweisträchtig erhärten. Die Belegschaft des Werkes ist rund 21 000 Mann stark. Darunter sind allein 8000 Angestellte. Seit Ende 1922 hat das Werk die Beamtenschaft von 5000 auf 8000 Mann erhöht, so daß auf etwas mehr als einen Arbeiter ein Beamter kommt. Wir wollen einen Betriebszweig herausgreifen, der in seiner Zusammensetzung für das Werk noch als gut angesehen werden muß, bei anderen Betriebszweigen ist das Verhältnis von produktiv schaffenden und unproduktiven Kräften geradezu abnorm.

In der Spenglerlei dieses Werkes waren im Jahre 1920/21 im Durchschnitt 72 Arbeiter beschäftigt, darauf entfielen 2 Betriebs-

führer und 3 Meister. Die Betriebsführer hatten außer der Spenglerlei auch noch die Emballage unter sich. Im Jahre 1924 war die Arbeiterzahl von 72 auf 65 zurückgegangen, die Angestelltenzahl aber hatte sich gewaltig gesteigert. Es kamen jetzt für die Spenglerlei in Frage: 2 Betriebsführer, 1 technischer Leiter, 4 Meister, 4 Kalkulatoren, 1 Werkstattdirektor. Während also die Zahl der Arbeiter von 72 auf 65 zurückgegangen war, hatte sich die Zahl der Angestellten für die Spenglerlei von 6 auf 12 erhöht. Außerdem war die Emballage, die früher von der Spenglerlei aus mitverwaltet wurde, losgetrennt und eine eigene Abteilung geworden, für die auch neue Kräfte eingestellt werden mußten. Selbstverständlich bedingt diese Steigerung der Angestellten unten im Betrieb eine Steigerung der Beamtenschaft auf den Lohnbüros, den Hauptkalkulationsstellen usw.

Und nun frage sich doch jemand, ob ein solcher Betrieb kaufmännisch gesund, geschweige denn volkswirtschaftlich gesund arbeiten kann. Was an vermehrten Werten durch eine Arbeitszeitverlängerung geschaffen wird, frissen diese unproduktiven Kräfte doppelt und dreifach wieder auf. Der geringe Fortschritt einer wirtschaftlichen Gebührendung liegt zum großen Teil in der Ueberorganisation unserer Betriebe, wenn wir auch niemals die bedeutenden Faktoren des verlorenen Krieges und der Reparationsleistungen vergessen dürfen. Diese Steigerung der unproduktiven Kräfte und die steigenden Ausgaben dafür haben es mitverschuldet, wenn statt Verbesserungen der Technik ein Stillstand eingetreten war. Es ist bezeichnend, daß für das gesamte Kalkulationswesen der obengenannte Großbetrieb in den letzten Jahren 4-5 Prozent zuzulegen gezwungen war.

Weiter sehen wir in der Industrie kaum einen Anfang, von dieser Seite aus das Produktionsproblem anzufassen. Die Industrieherrn waren äußerst eifrig und schnell bei der Hand, die Arbeitszeitverlängerung zu fordern, es ist höchste Zeit, daß sie ihren eigenen Überflüssen und für die Wirtschaft nicht tragbaren Organisationslasten endlich einmal in Ordnung bringen. Die Arbeiterkraft muß es ablehnen, daß allein mit ihren Kräften die Wirtschaft ausgebaut werden soll und daß sie die Hauptlast trägt. Das Unternehmertum hat die Pflicht, genau so viel daran mitzuarbeiten. Es ist ohne Zweifel eine riesige Kapitalknappheit und Geldverknappung auf dem Wirtschaftsmarkt. Aber diese wird für ein Werk nicht dadurch behoben, daß man den Betrieb mit unproduktiven Kräften belastet.

Bringen diese unproduktiven Kräfte den Verfall, die Werteverminderung der Produkte usw. im Betrieb, so wirkt heute auf dem Gesamtmarkt das Kartellwesen kaum weniger produktionshemmend und preisverzerrend. Die einzelnen Wirtschaftszweige haben sich in eine private Zwangswirtschaft begeben, die mit ihren weit über Goldstand stehenden Preisfestsetzungen der Volkswirtschaft eher schädlich als förderlich ist und die viel größer ist als die staatliche Zwangswirtschaft, nach deren Aufhebung das Unternehmertum so sehr geizt hat. Auch da gilt es, los von der Ueberorganisation und dem willkürlichen Preisfesthalten.

Ein weiteres Moment zur Preisverbilligung liegt an der Verzerrung der Verdienste in der Industrie zwischen Produzent und Konsument, d. h. an einer Verkürzung des Weges zwischen Schaffer und Abnehmer. Auf das Gebiet des Eisenhandels, hat sich in der Nachkriegszeit ein ganzer Hornissenhaufen von Händlern geworfen, die das Verantwortungsgefühl dem Volkswirtschaft gegenüber durch ein rücksichtsloses Einzelinteresse erlerten den Wirtschaftsmarkt belasteten. Die Produkte verteuerten, ohne auch nur einen Gegenwert zu schaffen. Das Unternehmertum der Industrie ist nicht ungeschuldig an dem „Aufblühen“ dieses Händlerzweiges, der den letzten Eisenhandel in Mitleidenschaft brachte. Das Unternehmertum hätte die Kraft gehabt, die Warenverteilung auf schnellstem Wege zum Konsumenten zu geleiten, aber da es in weiten Kreisen auch nur rein spekulativ stark produktiv-volkswirtschaftlich eingestellt war, hat es allem vielfach freie Bahn gelassen.

Das sind einige Momente, deren Erfüllung möglichst schnell zu geschehen hat, wenn wir unsere Wirtschaft kräftigen und aufbauen wollen. Die Arbeiterkraft hat gemeint, daß sie für ihren Teil bereit ist, der Wirtschaft zu geben, was die Wirtschaft notwendig braucht. Aber sie muß auch verlangen, daß die andern Teile ebenfalls ihre Pflicht tun, um die Wirtschaft produktiver zu gestalten. Sonst hat die ganze Arbeitszeitverlängerung wirtschaftlich gar nicht den Erfolg, den sie im Zusammenhang mit den anderen Faktoren haben würde.

Keine Wirtschaft wird ohne eine planmäßig durchgeführte Organisation auskommen. Denn Betriebsysteme, die die Produktivität heben, ohne Raubbau mit der Arbeitskraft zu treiben, sind eine Notwendigkeit. Aber was wir heute in den Betrieben durchleben, ist vielfach der Schematismus, der Glaube an die Allmacht der Organisationsform, statt lebendigem freiem Wirken; eine Belastung für die Volkswirtschaft, statt eine Befreiung derselben. Die dadurch entstehenden Unterbindungen sucht man durch Lohn- und Auszahlungen, statt das Krebsübel an der Wurzel anzufassen und den Verfall zu beheben. Das Unternehmertum hat nur dann ein Recht, Mehrarbeit zu verlangen, wenn es selbst daran geht, im Betrieb die preissteigernden und produktionshemmenden Faktoren zu beseitigen.

Angebot der Unternehmer.

Ueberstunden und Sonntagsarbeit. Bis zu 2 Stunden in der Woche und Ueberstunden ohne Zuschlag zu leisten. Darüber hinaus erfolgt die Bezahlung mit einem Zuschlag von 15 Prozent.

Arbeit an Sonntag und gesetzlichen Feiertagen wird mit einem Zuschlag von 30 Prozent, Arbeit an den hohen Feiertagen mit einem Zuschlag von 50 Prozent bezahlt. Die Sonntagsarbeit rechnet von Sonntagvormittag 6 Uhr bis Montagvormittag 6 Uhr. Als hohe Feiertage gelten Ostern und Pfingsten von Sonntagvormittag 6 Uhr bis Dienstagvormittag 6 Uhr, sowie Weihnachtstag vom 24. Dezember abends 6 Uhr bis zum 27. Dezember vormittags 6 Uhr.

Verhandlungsergebnis.

Ueberarbeit ist mit einem Zuschlag von 25 Prozent zu vergüten.

Die Sonntagsarbeit läuft von Sonntagmorgen 6 Uhr bis Montagmorgen 6 Uhr. Die Zahlung erfolgt mit einem Zuschlag von 50 Prozent. Gesetzliche Feiertage gelten in diesem Sinne als Sonntage.

Für den ersten Oftertag, ersten Pfingsttag und ersten Weihnachtstag sowie die dem ersten Weihnachtstag und dem Neujahrstag unmittelbar vorausgehende Nachmittage wird ein Zuschlag von 100 Prozent vergütet.

Soziale Einrichtungen.

Vergütungen bei Geburten und Todesfällen.

Der Haushaltungs Vorstand erhält bei Todesfällen von Familienangehörigen seines Haushalts für eine Feiertage beim Tode der Ehefrau für zwei Feiertage, bei der Ueberkunft der Ehefrau für eine Feiertage eine Vergütung wie für Urlaubstage.

Urlaub.

Urlaub erhalten unter Bezahlung des ausgefallenen Verdienstes alle Arbeitnehmer über 25 Jahre und zwar nach vollendetem 25. Lebensjahr und nach dreijähriger ununterbrochener Mitgliedschaft 2 Arbeitstage, nach vollendetem 30. Lebensjahr und nach fünfjähriger ununterbrochener Mitgliedschaft 3 Arbeitstage, nach vollendetem 35. Lebensjahr und nach siebenjähriger ununterbrochener Mitgliedschaft 4 Arbeitstage.

Der Anspruch auf Urlaub entfällt, wenn der Arbeitnehmer im Laufe eines Urlaubsjahres aus Gründen (Krankheit), die er nicht zu vertreten hat, mehr als 14 Schichten feiern mußte.

Urlaub erhalten unter Zahlung des ausgefallenen Verdienstes a) Arbeitnehmer und Beihilfegeld unter 18 Jahren im 2. Jahre der Werksangehörigkeit und den darauffolgenden Jahren 3 Arbeitstage; b) Arbeitnehmer über 18 Jahre im 2. Jahre der Werksangehörigkeit 3 Arbeitstage; im 3. Jahre der Werksangehörigkeit 4 Arbeitstage; im 4. Jahre der Werksangehörigkeit 5 Arbeitstage; im 5. Jahre der Werksangehörigkeit 6 Arbeitstage; im 6. Jahre der Werksangehörigkeit 7 Arbeitstage; im 7. Jahre der Werksangehörigkeit 8 Arbeitstage; im 8. Jahre der Werksangehörigkeit 9 Arbeitstage; im 9. Jahre der Werksangehörigkeit 10 Arbeitstage; im 10. Jahre der Werksangehörigkeit 11 Arbeitstage; im 11. Jahre der Werksangehörigkeit und den darauffolgenden Jahren 12 Arbeitstage.

Affordarkeit.

Alle Arbeiten, deren Eigenart es gestattet, müssen auf Verlangen der Werksleitung in reinem oder gemäßigtem Afford übernommen werden.

Die Einzelheiten für den Afford werden auf den Werken geregelt.

In weiterverarbeitenden Betrieben sind bei Schwierigkeiten über die Höhe des Affordpreises von den Arbeitnehmern zwei bis drei Mann zu bezeichnen, die mit der Vertretung der Betriebsleitung über die endgültige Festlegung der strikten Affordpreise verhandeln. Diese Arbeitnehmer sollen erfahrene Fachleute sein, die durch längere Tätigkeit im Werk mit der Eigenart des Betriebes vertraut sind. Sie sind durch den Arbeiterrat der Betriebsleitung mitzutreten und sollen, wenn möglich, aus den unterzeichneten Metallarbeiterorganisationen paritätisch entnommen werden.

Bei hierbei eine Verständigung nicht zu erzielen, so wird, falls möglich, die strikte Arbeit durch eine von der Betriebsleitung und den zwei bis drei Arbeitnehmern bestimmte Person unter Kontrolle der Betriebsleitung und eines der oben genannten Arbeitnehmer ausgeführt und dann der Afford gemäß Afford 2 festgesetzt. Durch das Bestehen von Meinungsverschiedenheiten über den Affordpreis soll die Arbeit selbst nicht aufgehalten werden.

Jeder im Afford arbeitende Arbeitnehmer erhält vor Beginn der Arbeit eine schriftliche Mitteilung, in welcher die Art der Arbeit, die Stückzahl und der Preis verzeichnet sein müssen.

Wird der Affordarbeiter durch Materialmangel, Werkzeugmangel oder Fortsetzung seiner Affordarbeit behindert, so ist er zu sofortiger Meldung bei seinem Vorgesetzten verpflichtet. Dauert die Unterbindung länger als eine halbe Stunde in der Schicht,

Ein bedeutsamer Erfolg des Verbandes

Der neue Rahmentarif für Nordwest.

Durch die geschickte Taktik unseres Christlichen Metallarbeiterverbandes in der Arbeitszeitfrage ist es gelungen, den Arbeitgeberverband Nordwest zu verpflichten, auch in Zukunft mit den Arbeiterorganisationen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse ihrer Arbeiter zu verhandeln. Im Berliner Arbeitszeitabkommen lag fest, daß über einen neuen Rahmentarif möglichst bald verhandelt werden müsse. Den Arbeitgeber wurde diese Forderung sehr unangenehm und sie versuchten daher durch Einreichung unannehmbarer Forderungen die Verhandlungsmöglichkeit zu zerschlagen. Diesen Grundgedanken ließen die Unternehmer gleich bei der ersten Aussprache sehr scharf erkennen, indem erklärte wurde: „Wenn von Or-

ganisationen unsere Forderungen als undiskutabel erscheinen, dann ist es doch wichtiger, wir schließen keinen Tarif mehr ab und wir haben dann eine ganze Menge Zeit, Geld und Herz gespart. Außerdem müsse es betont werden, daß die Arbeiter durch die Arbeitslosigkeit im letzten Jahre für 10 Jahre ihren Urlaub im voraus hätten und die Wirtschaft einen allgemeinen Arbeiterurlaub nicht mehr tragen könne.“ Die Arbeitsvertreter verwiesen mit Recht auf den Inhalt des Berliner Arbeitszeitabkommens, in dem neben der Pflicht zur Verhandlung immer, wenn auch eingeschränkt, doch Urlaub gewährt werden müsse. Außerdem sei bei der längeren Arbeitszeit der Urlaub unbedingt notwendig. Nach mehrmaligen, vergeblichen Versuchen, einen Rahmentarif zustande zu bringen, wurde dann unter dem Vorbehalt des Reichs- und Staatskommissars am 7. März erneut verhandelt. Es ist vielleicht von Interesse, sowohl für die Gegenwart als auch für die Zukunft das Ergebnis der Verhandlungen wie auch das Angebot der Unternehmer im Vergleich zu bringen. Wir lassen die wichtigsten Punkte vergleichsweise folgen:

Angebot des Unternehmers.

Verhandlungsergebnis.

So erhält der Arbeiter für die im Werk erstellte Arbeitsleistung seinen Stundenlohn.

Wird die Unterbrechung der Arbeit durch Unfall des Arbeitnehmers durch Verursachen von Vorgesetzten verursacht, so liegt die Verantwortung bei der Betriebsleitung sowohl im Interesse des Arbeitgebers als des Arbeitnehmers.

Wird großes Verschulden eines Vorgesetzten als erwiesen anerkannt, so erhält der Arbeiter für die dadurch verursachte Unterbrechungszeit seinen Stundenlohn.

Arbeitsfrage in Gießereien.

Das Gießereiarbkommen wird einstellend zurückgestellt und soll der Berliner Regelung für das Reich angepasst werden. Bis dahin gilt die alte Fassung im alten Rahmenvertrag.

Sechslingswesen.

Der neue Vertrag sieht das Sechslingsabkommen aus dem alten Rahmenvertrag wieder vor.

Die Bestellung von Werkzeugen und die Ausschussfrage in den Gießereien wird auf den Werken geregelt.

Die Unternehmer lehnten grundsätzlich eine Regelung für Sechslings sowohl in der Lohnfrage als auch in allen anderen Dingen, die das Sechslingsverhältnis betreffen, ab.

Beim gründlichen Durchlesen dieser Gegenüberstellungen muß es auch dem letzten Arbeiter klar werden, wach hohen Wert eine gutgeleitete Arbeiterorganisation für den Arbeiter hat. Dabei darf nicht vergessen werden, daß der Rahmenvertrag abgeschlossen wurde in einer für die Gewerkschaften äußerst ungünstigen Zeit.

Die Kollegen müssen aber immer bedenken, daß ohne den Christlichen Metallarbeiterverband der Rahmenvertrag in die Luft gegangen wäre. Den Schaden hätten die Arbeiter selbst zu tragen gehabt. Unsere Kollegen in den Betrieben müssen das Ergebnis der Verhandlungen den Löhnen und Gleichgültigen eindringlich zu Gemüte führen. Ohne die Organisation würde die Arbeiterschaft diese Erfolge niemals haben verzeichnen können.

Die ganz Schlaue

Bei der Metallfirma Wolf in Rastatt wollten die Metallarbeiter die Beiträge „sparen“ und wurden in diesem Vorhaben von der Firma ebenso liebenswürdig als energig unterstützt. Die Firma machte den Arbeitern folgenden Vorschlag zur Güte: Die Arbeiter sollten auch ihrer Organisation austreten, dann würde die Firma aus dem Arbeitgeberverband austreten. Alle vorkommenden Differenzen würde man friedlich friedlich unter sich regeln und es würde ein Leben wie im Paradies werden. Gefragt, gelant. Ein Kumpel nach dem andern legte kein Mitgliedsbuch zu den Akten und die Firma trat aus dem Arbeitgeberverband aus und löste sich dadurch von den mit dem Arbeitgeberverband und den Gewerkschaften abgeschlossenen Verträgen. Je mehr die Organisation auf den Nullpunkt kam, um so mehr rief sich die Firma die Hände und als endlich das große „Sparen“ auf der ganzen Linie einpfeifen wollte, ließ die Firma die Maske fallen. Sie erklärte zunächst, daß sie keinen Tarifvertrag mehr abschließen würde, denn das sei überflüssig und zeitraubend. Sie sollte Einzelverträge abschließen. Die Arbeitszeitregelung behält sich die Firma vor, sie hat aber schon durchblicken lassen, daß es auf ein paar Stunden Mehrarbeit nicht ankomme, denn je länger der Arbeiter arbeite, um so mehr verdiene er ja auch. Bezüglich des Lohnes bestimmte die Firma, daß für die ersten 14 Tage nach Einstellung 20 Prozent unter dem Abkommen der Gewerkschaften mit dem Arbeitgeberverband und nach vierzehn Tagen 10 Prozent unter dem Abkommen gezahlt werden sollte. Diese Regelung gilt bis auf weiteres.

Und der Erfolg? Der Kollege „Spazi“ 70 Btg. Wochenbeitrag, die Firma spart an Lohn pro Mann und Woche 5,10 Mark. Jetzt ist der Kumpel und flucht. Die Firma Wolf aber singt mit frohem Gesang: Sehn Sie, das ist ein Geschäft, Das bringt mir was ein. Eine jede Firma kann das nicht, Denn der Arbeiter muß unorganisiert sein.

Einheitsorganisation oder Futter für Klenter

Der Gedanke der Einheitsorganisation kommt heute allermächtigst herauf und gerade die Radikalen sind es, die mit diesem Gedanken handeln, weil sie glauben, auf dem Wege besser ihr Ziel zu erreichen. Man will ohne Unterschied der Arbeit, des Berufes usw. alles unter einen Hut bringen, natürlich unter der Kappe Moskaus, das hinter diesen Bestrebungen steht. Die sogenannten „Unionen für Hand- und Kopfarbeiter“ sind dazu auszuweisen, den Grundstock für dieses Sammelkartell abzugeben. Aber das eigentliche ist, daß ausgerechnet jene Einheitsorganisationen in ihrer eigenen Organisation einen verhängnisvollen Riß seit Jahren haben, der kaum überboten werden kann. Zwischen der Leitung der kommunistischen Partei für das Ruhrgebiet und der berühmten „Gefellensträger“ Union ist fast immer Streit; sie legen sich gegenseitig „Keinjecken“; jeder behauptet von sich, den alleinigen wahren Kommunismus zu besitzen; Klagen sich gegenseitig blühende Köpfe, wenn sie aber Bestrebungen des proletarischen Kampfes klärt der „Oberbona“ Sammel mit Gefellen die Kletterarbeiten keines Büros in Gefellen an, deren Spruch man sich aber nur fragt, wenn er in den Kampf geht.

So herrschen denn angeblich in dieser „Einheitsorganisation“ höchliche Zustände. Nach zuverlässigen Pressemitteilungen steht heute die Partie folgendermaßen:

Die Zentrale der roten Gewerkschaftsinternationale sowie der britischen (kommunistischen) Internationale haben in letzter Zeit erhebliche Zuschüsse an die KPD und an die Union der Hand- und Kopfarbeiter geleistet. Die Zuschüsse an die Union sind davon abhängig gemacht worden, daß in Zukunft der Einfluß der KPD innerhalb der Union vergrößert wird, daß insbesondere bei allen Aktionen die Befehle der Partei zu befolgen sind. Die KPD, auch ihrerseits wieder die Befehle Moskaus zur Ausführung bringen. Nach vertraulichen Mitteilungen ist die Empfangsliste der Union über den kommunistischen Landtagsabgeordneten Sobotta (Eifel) und der aus dem Deutschen Metallarbeiterverband ausgeschlossene jetzige Angestellte der Union, Müller (Berlin).

Innerhalb der Union entstanden Meinungsverschiedenheiten darüber, ob das russische Geld angenommen werden sollte und damit die Selbstständigkeit der Union preisgegeben werden sollte oder nicht. Es herrschte in der Union eine Opposition gegen die kommunistische Partei und rote Gewerkschaftsinternationale. Nach Ansicht dieser Opposition ist die Taktik der KPD und der KPD für die deutschen Gewerkschaften Kampfe nicht anwendbar. Die Opposition...

genannte Gefellensträger Richtung wird vertreten durch die Angestellten Kratz, Sommer, Essen; Fern, Lopenbeck, Essen; Hermanns, Essen; Pflaß, Dortmund; Bollmar, Gefellensträger; Hagemann, Gefellensträger; Axel Wagner, Gefellensträger und Weyer, Berlin.

Hinter der sogenannten Bochumer Richtung (Moskauer Anhänger) stehen außer Sobotta und Müller die Angestellten Jäger, Gefellensträger; Schneider, Gefellensträger und Dittelskamp, Bochum. Die Vertreter der Opposition sind seitens der Moskauer, sowohl aus der KPD, als auch aus der KPD, ausgeschlossen worden. Die „Moskauer“ werden von der Opposition beschuldigt, die von Moskau erhaltene Gelder zum größten Teile für eigene Zwecke „verpulvert“ zu haben.

Da in der Opposition die Vertreter der Genossenschaft freies Arbeiterheim Gefellensträger sind und diese Genossenschaft Eigentümerin der drei Häuser in der Gelbenstraße Gefellensträger ist, in denen sich die Geschäftsstelle der Union befindet, hat diese auch die Geschäftsräume der Zentrale inne, während die „Moskauer“ sich im Hofraum (Klosterstraße 84) ein besonderes Büro eingerichtet haben. Am 27. Februar 1924 kam nun die Moskauer Richtung in Stärke von ungefähr 30 Mann, unter Führung von Müller und Jäger nach Gefellensträger und besetzte gewaltsam die Büroräume und jagte die Opposition hinaus. Die Opposition trat nun Gewaltmaßnahmen und entfernte ihrerseits am 28. Februar 1924 wieder die Moskauer Richtung aus den Büros, indem sie mit ungefähr hundert Mann dort einbrang.

So steht die „Einheitsorganisation“ aus, mit der die Kommunisten die Arbeiterschaft beglücken wollen. Das Scharfmachertum zeigt sich die Hände und Klenter haut schon einmal nach, wie er diesen „Verband“ in keine Organisationszentrale einziehen kann. Die „Union“ ist bald tot für das geistige Leben. Sie wird wieder dahin zurückkehren, woher sie gekommen ist. Trotzdem gibt es noch eine ganze Anzahl Arbeiter, die dem Phrasengeflügel der „Union“ und der „Einheitsorganisation“ nachlaufen. Unsere Kollegen in den Betrieben müssen für Aufklärung sorgen und Berlin und Ruhrorganisierte zu aufrechten Mitgliedern unseres Christlichen Metallarbeiterverbandes machen. Auf diese Weise können wir am besten die Pläne der Scharfmacher.

Ein Putschistenputz und seine Lehren

Die Radikalen haben sich wieder einmal die Umkleekabine in Ludwigshafen ausgeliebt, um getreu dem Fundpruch aus Moskau, die Belegkarte auf die Straße zu hegen. Den vorgehabenen Grund bildet die Frage der Arbeitszeit. Die neunstündige Arbeitszeit war durch Reichsschiedspruch verbindlich geregelt und von allen beteiligten Zentralgewerkschaften angenommen worden. Die einseitige Mittagspause wurde durch örtlichen Schiedspruch geregelt. Gegen diese Arbeitszeitregelung liefen die Radikalen Sturm. In Wirklichkeit ist aber nicht die politische Ziele zerethalten der Putsch ausstrahl. Sie haben auch eine Organisation (!), genannt „Chemischer Industrieverband“, eine Einheitsorganisation. Mit Gewalt setzten die Radikalen den Betrieb still. Unsere christlichen Metallarbeiter haben bis zuletzt ihre Arbeitsstelle gehalten und wichen nur dem übermächtigen Druck.

Eine sogenannte Streikleitung nahm „die Zügel in die Hand“. Eine Anzahl dunkler Existenzen, von denen einige überhaupt nicht einmal zum Betrieb gehören, haben als Streikkommission den Laden aufgemacht. Namen sind vielfach unbekannt. Moskau und eine andere Regierungshauptstadt werden ja wohl desto besser darüber unterrichtet sein.

Einige „Führer“ treten selbstverständlich auch an die Öffentlichkeit. Da ist Genosse Haindl, der eine sehr „sprunghafte“ Karriere im sozialistischen Metallarbeiterverband machte; in Eßlingen, Friedrichshafen usw. Gastrollen als Kassierer gab, als Hauptbeschäftigung aber den edlen Traubenbau auf keinen revolutionären Gehalt „geprüft“ haben soll. Auf jeden Fall dankten ihm keine eigenen Genossen ab. Haindl suchte Vergeltung und tauchte nach einiger Zeit in Ludwigshafen zu freier revolutionärer Betätigung auf. Ein anderer „Führer“ ist ein gewisser Kunz, in der separatistischen Bewegung wohl bekannt. Nicht fehlen darf selbstverständlich der Renegat Engel; letziger Herr hatte es sogar schon bis zum separatistischen Oberbürgermeister von Duisburg gebracht. Betreu keinem Wahnvorurteil „Mein Feld ist — das Geld tauchte er auch in der dortigen Gegend auf, um den Generalkassierer zu forcieren. Mit einer Anzahl Betreuer (!) zog er nach Höchst, um die dortigen Farbwerke zum Anschlag an den Streik zu bewegen. In der Versammlung forderte er keine Gefellen auf, sondern alle die Christen aus dem Betrieb zu holen, denn sie seien die gefährlichsten. Die Arbeiterschaft der Höchstler Farbwerke stand zum Leidwesen Engels aber in größtmöglicher Front. Frael priet mit seinen Schildknappen in ein Handgemenge, im Verkauf dessen Engel zu dem Entschluß kam, keine Duisburger Handlungsweise zu wiederholen und sich aus dem Staub zu machen, währenddessen seine Genossen Drosche erhielten und froh waren, im Eisenbahnwagen den Staub höchstens von den Füßen schütteln zu können und die Kampfzeitung zu verwickeln.

Das sind einige Führertypen in diesem Kampf um die Erumgenheit der Revolution. Sie kennzeichnen die Richtung des Putsch, der gar nicht um Arbeiterinteressen, sondern um dunkler politischer Ziele halber geführt wird. Kommunisten und Separatisten von vereint, wirklich unter dieser Firma geht die Arbeiterschaft vor die Hunde! Leider merkt ein großer Teil der Arbeiterschaft gar nicht, wie tödlich sie von diesen gewissenlosen Gefellen mißbraucht wird. Vier Wochen liegt die Arbeiterschaft nun auf der Straße, die Not ist auf das höchste gestiegen. Die Stadt Ludwigshafen geht den Frauen und Kindern eine Beihilfe, damit sie nicht verhungern.

Trotz aller bombastischen Phrasen ist der Putsch am 3. Januar in den Brechen und je tiefergewissere fette Ueberköpfe die kommunistische „Arbeiter-Zeitung“ bringt, um so fauler steht die ganze Aktion. Wir kennen diesen kommunistischen separatistischen Schwundel aus dem Streik im Ruhrgebiet. Trotz aller Solidaritätsbezeugungen und Sympathiebekundungen anderer radikaler Organe bleibt die Streikunterstützung aus. Moskau versichert den Streikenden, daß es ihnen keine ganze Sympathie zuzuwende. Aber auch in Ludwigshafen kauft man Brot und Kartoffeln nur mit Goldmark und nicht mit Moskauer Telegrammen. Das hüßige Geld, das ein „Lump“, verschwindet schnell in allen möglichen Kanälen, aber der Kumpel sitzt und hungert.

Der Ludwigshafener Putsch zeigt deutlich, wach die Arbeiterschaft kommt, wenn sie den Locken der radikalen „Einheitsorganisation“ folgt. Was die Arbeiterschaft in Ludwigshafen sich bis heute an Notden erungen hat, geht auf das Konto der Zentralgewerkschaften, was sie an Putzden und Kollagen durchmachte. hat sie dem „Chemischen Industrieverband“ zu verdanken. Er ist ein Beweis dafür, daß den kapitalistischen Existenzen des Industrieverbandes alles andere mehr am Herzen liegt als Arbeiterinteressenvertretung. Oder glaubt jemand im Ernst die Auftraggeber dieser Herrschaften wollen ihr Geld umsonst ausgeben haben? Politische Zwecke sollen verfolgt und erreicht werden und da ist es den Auftraggebern gleichgültig, ob Arbeiter und Arbeiterfamilien elend zusammenbrechen, wenn sie nur ihre Ziele erreichen. Die Arbeiterschaft nicht nur Ludwigshafens muß endlich einsehen, daß sie nur als Spielball benutzt wird bei den politischen Putzden und wilden Streiks. Sie sollte die Lehre daraus ziehen ihre ganze Kraft den Zentralgewerkschaften zur Verfügung zu stellen denn diese allein sind es, die dem Arbeiter wirklich helfen können. Phrasen und Schlagworte bringen keine Lohnverbesserung und keine Verbesserung der Arbeitsverhältnisse. Das ist auch in der Zukunft nur möglich durch selbstbewusste gewerkschaftliche Betätigung.

Vertrauensleute an die Front! Wie steht es in deiner Sektion mit der Bedienung der Kollegen? Herrscht Pünktlichkeit und Ordnung, oder läßt der gewerkschaftliche Verkehr mit den Kollegen zu wünschen übrig? Warum wach den Beitragslisten der Fahnenflüchtigen in deiner Sektion nicht enesgischer nachgegangen? Heute kommt alles auf den guten Vertrauensmann an, der zielbewußt arbeitet.

Branchenbewegung

Tarif- und Lohnregelung für die Klempner und Installateure des Industriegebietes.

Essen. Durch Schiedspruch des Reichskommissariats am 28. 1. 24 wurden die Löhne für die Klempner und Installateure des Industriegebietes ausschließlich Dortmund auf 0,58 Goldmark pro Stunde festgelegt. Die Arbeitgeber verlangten in einer späteren Verhandlung einen weiteren Lohnabbau mit der mageren Begründung, die „hohen“ Lohnsätze nicht tragen zu können. In den bezüglichen Verhandlungen kam eine Einigung nicht zustande. Welt der einstündige Rahmenvertrag am 29. 2. außer Kraft trat und die Arbeitgeber bezirklich keine Verhandlungen einleiteten wurden örtlich Korberunnen eingeleitet um mit den Innungen in ein ordentliches Vertragsverhältnis zu kommen. In Düsseldorf, Duisburg, Essen. Die Innungen lehnten aber ein brüskelles Verhandeln ab und am 14. 3. fanden erneut die bezüglichen Verhandlungen statt, die zu folgender Vereinbarung führten:

„Der am 1. 11. 22 abgeschlossene Rahmenvertrag wird ohne Veränderungen wieder in Kraft gesetzt und kann erstmalig am 1. 4. mit vierwöchentlichem Frist gekündigt werden. Der Lohn wird ab 14. 3. auf 0,65 M pro Stunde erhöht. Die Kündigungsfrist für die Lohnordnung beträgt ebenfalls 4 Wochen.“

Ferner unterbreiteten die Arbeitgeber den Arbeitnehmern einen Antrag, für die Provinzen Rheinland und Westfalen, Hessen und Sassen-Mark einen einheitlichen Rahmenvertrag abzuschließen. Die Löhne sollen jedoch für die einzelnen Bezirke getrennt geregelt werden. Unser Christlicher Metallarbeiterverband hat zu dieser Frage noch nicht endgültig Stellung genommen. Unsere Klempner- und Installateure des genannten Bezirks haben sich durch diese Kapitulation unter den Klempnergeleuten und durch Heftige, unermüdbare gewerkschaftliche Arbeit in unserem Christlichen Metallarbeiterverband den Boden für einen solchen evtl. abzuschließenden Vertrag vorzubereiten.

Regelung der Lohn- und Arbeitszeitfrage in der elektrotechnischen Industrie.

Wie in allen anderen Berufen trat auch der Arbeitgeberverband der elektrotechnischen Industrie des Rheinisch-Westfälischen Industriebezirks vor mehreren Wochen an den Christlichen und Deutschen Metallarbeiterverband heran, um eine Neuregelung der Lohn- bzw. der Arbeitszeitfrage vorzunehmen. Die betreffenden 88 des Rahmenvertrages waren rechtzeitig gekündigt, so daß einer Neuregelung nichts im Wege stand. Nach den verschiedenen Verhandlungen auch vor dem Reichs- und Staatskommissar kam endlich am 11. März folgende Regelung durch Schiedspruch zustande.

Die normale wöchentliche Arbeitszeit beträgt 48 Stunden. Darüber hinaus kann je nach betriebswirtschaftlichen Bedürfnissen eine Mehrarbeit bis zu 8 Stunden pro Woche anordnet werden. Für diese Mehrarbeit wird ein Ueberstundenzuschlag nicht bezahlt.

Bei Montagearbeiten, bei denen der Arbeiter in zwangsläufiger Anpassung an die Arbeitszeitregelung der Betriebe der auftraggebenden Firma (Bergbau, Metallindustrie u. dergl.) länger arbeiten muß, ist diese weitere Mehrarbeit mit dem in Frage kommenden Monteur zu vereinbaren. Die sich hierdurch ergebende Gesamtstundenzahl soll 57 Stunden wöchentlich nicht übersteigen. Auch hierfür wird ein Zuschlag nicht gezahlt.

In den Betrieben, in denen vor oder während des Krieges eine längere als vorstehend festgesetzte Arbeitszeit bestanden hat, bleibt diese in Kraft.

Die Löhne betragen ab 10. März 1924 bis auf weiteres mit vierwöchentlichem Kündigungsfrist in der Spitze für Facharbeiter 57 Btg. (bisher 50-55 Btg.), für anerkannte Arbeiter 50 Btg. (bisher 45-48 Btg.) für ungelernete Arbeiter 46 Btg. (bisher 40 bis 43 Btg.). Für Düsseldorf liegen die Lohnsätze 10 Proz. höher.

Damit ist in der Elektro-Industrie die Ruhe wieder hergestellt und ist zu wünschen, daß die festgesetzten Löhne seitens der Arbeitgeber als Mindestlöhne betrachtet werden. Denn nur bei unbedingten den Lohnverhältnissen entsprechenden Löhnen wird Qualitätsarbeit geleistet, die doch in erster Linie dem Gewerbe wieder zuzute kommt.

Bekanntmachung

Am Sonntag, dem 6. April ist der 15. Wochenbeitrag fällig. Hierlohn. Unser Büro befindet sich Rastbachplatz 1. Schramberg. Unser Büro befindet sich Oberndorfer Straße 38.

Anzeigen

Mitglieder, denkt an eure Feuerversicherung!

Unsere Deutsche Feuerversicherung A.-G. bietet Euch größte Sicherheit und künftige Behandlung im Schadensfalle bei billigen Prämien! Ich beantrage bei der Deutschen Feuerversicherung A.-G., Berlin-Schöneberg, Hühnerstraße 15a (Post Friedrichau), eine 10jährige Mobil-Feuerversicherung in Höhe und mit einer jährlichen Prämie (einschließlich der Versicherungssteuer und sämtlicher Unkosten) von

Table with 2 columns: Summe and Prämie. Rows: 3000 G.-M., 4000, 5000, 6000, 7000, 8000, 9000, 10000.

Die Wohnung befindet sich in einem Lehmfachwerkhäuser (Nichtzutreffendes zu durchstreichen.) Für Lehmfachwerk erhöht sich die Prämie um ein geringes.) Ich halte mich an den Antrag sechs Wochen gebunden. Die Prämie sende ich per Post ein (Die Versicherung tritt in diesem Falle am Tage nach dem Abgang des Geldes mittels 12 Wkt in Kraft.) zahle ich bei Ueberreichung der Police. (Nichtzutreffendes zu durchstreichen.) Name Wohnort Straße Kreis (Post- u. Bahnstation) Da ich Hauseigentümer und unversichert bin, ersuche ich um Offerte für meine Hausversicherung. (Im unzutreffenden Falle zu durchstreichen.)